

Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe

Teil C

Politische Bildung



Impressum

Erarbeitung

Dieser Rahmenlehrplan wurde vom Landesinstitut Brandenburg für Schule und Lehrkräftebildung (LIBRA) erarbeitet.

Herausgeber

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin;
Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg

Gültigkeit

Gültig ab Schuljahr 2026/27 hinsichtlich der Regelungen zur Einführungsphase in der gymnasialen Oberstufe. Der Rahmenlehrplan gilt für Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2026/27 in die Einführungsphase an Integrierten Sekundarschulen/Gemeinschaftsschulen/beruflichen Gymnasien/Kollegs/Abendgymnasien (Land Berlin) und an Gesamtschulen/beruflichen Gymnasien/Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges (Land Brandenburg) eintreten.

Gültig ab Schuljahr 2027/28 hinsichtlich der Regelungen zur Qualifikationsphase in der gymnasialen Oberstufe. Der Rahmenlehrplan gilt für Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2027/28 in die Qualifikationsphase an Gymnasien/Integrierten Sekundarschulen/Gemeinschaftsschulen/beruflichen Gymnasien/Kollegs/Abendgymnasien (Land Berlin) und an Gymnasien/Gesamtschulen/beruflichen Gymnasien/Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges (Land Brandenburg) eintreten.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie Berlin; Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg 2025



<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/deed.de>

Inhalt

1	Bildungsbeitrag des Faches Politische Bildung	5
1.1	Fachprofil	5
1.2	Kompetenzmodell	6
2	Standards für die Kompetenzbereiche im Fach Politische Bildung	11
2.1	Eingangsvoraussetzungen	11
2.2	Abschlussorientierte Standards	11
2.2.1	Mündig handeln	12
2.2.2	Analysieren	12
2.2.3	Urteilen	13
2.2.4	Methoden anwenden	13
3	Themenfelder und Inhalte	15
3.1	Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11	15
3.2	Themenfelder und Inhalte für die Qualifikationsphase	17
3.2.1	Demokratie	18
3.2.2	Politik und Wirtschaft	22
3.2.3	Globales Regieren	26
3.2.4	Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung	30

1 Bildungsbeitrag des Faches Politische Bildung

1.1 Fachprofil

Demokratien leben von Partizipation, Mitbestimmung und Gestaltung. Offene, demokratische Gesellschaften sind – im Gegensatz zu autoritären – lebendig und lebensfähig durch die konstruktive Kritikfähigkeit der Individuen.

Eine besondere Aufgabe der Schule und des Politikunterrichts ist es, die dafür notwendige politische Kompetenz aller Schülerinnen und Schüler zu fördern. In einer offenen Gesellschaft, die von zunehmender politischer, ökonomischer und ökologischer Komplexität, gesellschaftlicher Diversität und einem entsprechenden Interessenpluralismus geprägt ist, sollen sie urteils- und handlungsfähig sein. Damit einher geht der Anspruch, gegenwärtige Herausforderungen multiperspektivisch zu reflektieren und die globalen, sozialen, ökologischen, ökonomischen und politischen Konsequenzen politischen Handelns für die Zukunft zu bedenken.

Gesellschaftliche Prozesse wie Individualisierung, Emanzipation, Globalisierung, Digitalisierung, Flucht und Migration sowie ökologische, ökonomische, soziale und (friedens-)politische Herausforderungen erfordern Gestaltung und (Problem-)Lösungen, die das Allgemeinwohl in den Blick nehmen. Der Politikunterricht zielt darauf ab, die Schülerinnen und Schüler zu ermutigen, diese Entwicklungen selbstwirksam mitzugestalten und damit am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben.

Mit politischem Wissen können Schülerinnen und Schüler existierende Machtstrukturen, Ungleichheiten, gesellschaftliche Prozesse sowie demokratie- und menschenfeindliche Phänomene kritisch analysieren und bewerten. Zudem können sie ihre (eigenen) - auch digitalen - politischen Handlungsmöglichkeiten aufzeigen und ggf. anwenden. Dem schließt sich an, dass Schülerinnen und Schüler ihren Gestaltungsspielraum wahrnehmen und damit lernen, den Wandlungsprozessen nicht politisch ohnmächtig gegenüberzustehen, denen Demokratien auf Grund von Veränderungen durch multiple Krisen und globale Interdependenzen unterworfen sind.

Politikunterricht strebt vielmehr danach, die politische Selbstwirksamkeit junger Menschen zu fördern. Er hat hierbei die Chance, diejenigen zu unterstützen, die aufgrund soziokultureller und ökonomischer Ungleichheiten vor gesellschaftlichen Teilhabebarrieren stehen.

Demokratische Politik ist einerseits durch Interessen- und Wertevielfalt, andererseits durch begrenzte (z. B. finanzielle, strukturelle, ökologische) Ressourcen herausgefordert und damit konflikthaft. Politische Problemlösungen sind somit Kompromisse und wegen nicht vorhersehbarer gesellschaftlicher Entwicklungen häufig nicht dauerhaft. Demokratievertrauen bedarf somit der Förderung von Konfliktfähigkeit und Ambiguitätstoleranz in einem klar definierten demokratischen Werterahmen.

Schließlich ist der Politikunterricht, wie die Institution Schule als Ganzes, demokratischen Grundwerten, wie sie in den Grund- und Menschenrechten verankert sind, verpflichtet. Diese setzen den Rahmen, in dem die Schülerinnen und Schüler gesellschaftliche Kontroversen diskutieren und Konflikte verhandeln. Sie lernen, Verletzungen dieses demokratischen Rahmens sowie Angriffe auf Demokratie, Rechtsstaat und Pluralismus zu identifizieren und ihnen verbal sowie handelnd entgegenzutreten. Nicht zuletzt sind Schule und Politikunterricht ein Raum, in dem demokratische Haltung und Diskriminierungsschutz konkret erlebt, gelebt und eingefordert werden.

Zentrale politikdidaktische Prinzipien zur Förderung der Urteils- und Handlungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler sind Problemorientierung, Handlungsorientierung, Konfliktorientierung, Kontroversität (versus Indoktrination) und Multiperspektivität.

An die Interessen und Lebensrealitäten der Lernenden anzuknüpfen und sie an der thematischen wie auch der methodischen Gestaltung des Unterrichts mitwirken zu lassen entspricht dem demokratieorientierten Auftrag des Politikunterrichts zur Förderung politischer Mündigkeit. Dies schlägt sich auch in den drei Grundsätzen des Beutelsbacher Konsens', dem Minimalkonsens für Angebote der politischen Bildung, nieder: dem Überwältigungsverbot, dem Kontroversitätsgebot sowie der Schülerinnen- und Schülerorientierung.

Diese Grundsätze sind eng mit der Wissenschaftsorientierung, dem Aktualitätsbezug und dem Exemplarischen Lernen verknüpft. Eine Kontroverse oder ein Problem lässt sich am besten an einem konkreten Beispiel erschließen, das exemplarisch für die Problemstellung ist und geeignet ist, in seiner Bedeutsamkeit, Aktualität oder seinem Bezug zur Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler Interesse zu wecken und Motivation zu erzeugen. Einige häufig wiederkehrende Beispiele könnten hier sein: die Beteiligung aller Menschen, die von politischen Entscheidungen betroffen sind, der gesellschaftliche Umgang mit verschiedenen Formen der Ausgrenzung, eine gerechte Migrations- und Integrationspolitik, die Grenzen von Protest, der Umgang mit demokratiefeindlichen Bewegungen und Einstellungen oder auch gesellschaftliche Herausforderungen im Kontext neuer Technologien.

Insofern sind die im Rahmenlehrplan genannten Themenfelder und Inhalte nicht im Sinne einer Liste deklarativen Wissens zu verstehen. Ein kompetenzorientierter Politikunterricht wendet diese Inhalte - idealerweise in Absprache mit den Lernenden - auf aktuelle politische Probleme an. Das verdeutlicht auch, dass sich der Unterricht stets wandelt und die Themen immer wieder entlang gegenwärtiger Fallbeispiele aktualisiert werden müssen.

Projektarbeit und außerschulische politische Bildungsangebote zu nutzen sind wichtige Formate der Unterrichtsgestaltung. Indem politisches Handeln (real oder simulativ) selbst vorgenommen und erlebbar wird, leistet das Fach Politische Bildung einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. In jedem Kurshalbjahr werden daher mindestens ein außerschulischer Lernort besucht bzw. außerschulische Lernangebote genutzt. Eine weitere Möglichkeit, den Politikunterricht zu öffnen, ist es, politische Akteurinnen und Akteure in die Schule einzuladen. Begünstigt wird damit, Schule als demokratische Institution in die Zivilgesellschaft und den sozialen Nahraum zu öffnen.

1.2 Kompetenzmodell

Mündig handeln

Politische Mündigkeit als übergeordnetes Ziel schulischer Bildung und Intention des Politikunterrichts wird als mündiges Handeln im Sinne demokratischer Grundwerte und der Grund- und Menschenrechte verstanden. Sie wird beschrieben durch die politische Handlungskompetenz der Schülerinnen und Schüler, die sie zur gesellschaftlichen Teilhabe durch Mitbestimmung und Mitgestaltung befähigt. D. h., dass reale politische Handlungsmöglichkeiten auch im Politikunterricht eine Rolle spielen.

Politisch mündiges Handeln lässt sich, wenngleich zusammenhängend, in partizipatives und kommunikatives Handeln unterteilen. Partizipation wird dabei verstanden als das freiwillige An-sinnen, auf politische Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Partizipative Handlungen, für die mittlerweile vermehrt auch der digitale Raum und soziale Netzwerke genutzt werden, reichen von der Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen, über Engagement in Initiativen, Verbänden und Parteien bis hin zu kritischem Konsum, der Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen oder der Unterstützung sozialer Bewegungen. Bei kommunikativen politischen Handlungen geht es darum, komplexe politische Probleme artikulieren zu können, über geeignete Lösungswege argumentativ zu streiten sowie politische Ansichten öffentlich zu formulieren. Dies geschieht z. B. in Form von Unterschriftensammlungen, E-Mails an Politikerinnen und Politiker oder Leserinnen- und Leserbriefe.

Um das politisch mündige Handeln zu fördern, werden im Politikunterricht die folgenden vier Schlüsselaktivitäten umgesetzt: eigene Interessen artikulieren, andere mit Argumenten von der eigenen Position überzeugen, in Verhandlungen Konflikte austragen und Kompromisse erzielen sowie sich zwischen möglichen Alternativen – trotz unvollständiger Informationen und Ungewissheiten – begründet entscheiden.

Makromethoden wie *Talkshows*, Debatten, Rollen- und Entscheidungsspiele sind klassische Formate, politische Handlungskompetenz im Unterricht zu entwickeln. Um Schülerinnen und Schüler im Sinne des Beutelsbacher Konsens' zu befähigen, die politische Lage hinsichtlich ihrer Interessen zu beeinflussen und für politische Lösungsvorschläge einzutreten, können Lernprodukte wie

Briefe von Leserinnen und Lesern, Online-Kommentare, *Blog*-Einträge, Videos, *Podcasts* oder Petitionen konzipiert werden.

Zudem bieten sich Gespräche mit (politischen) Akteurinnen und Akteuren aus Politik, Interessenvertretungen, NGOs, Zivilgesellschaft und Wirtschaft an. Schließlich können gesellschaftliche und politische Gesprächsanlässe aus dem Politikunterricht auch in die Mitbestimmungsstrukturen im Nahraum Schule (Klassenrat, Schülerinnen- und Schülerververtretung) übertragen werden (oder umgekehrt). (vgl. Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe Teil B)

Analysieren

Die Kompetenz, sozialwissenschaftlich zu analysieren, bezeichnet die Fähigkeit der Schülerinnen und Schüler, sich ein gesellschaftlich-politisches Problem, eine Kontroverse oder Entscheidung in deren Komplexität entlang zentraler sozialwissenschaftlicher Kategorien und unter Berücksichtigung der verschiedenen gesellschaftlichen Perspektiven zu erschließen - eine Fähigkeit, die jenseits des Unterrichts und nach der Schulzeit zentral für die politische Orientierungsfähigkeit in einer Demokratie ist.

Das Vorgehen bei der Analyse variiert je nach Gegenstand (z. B. Grundrechtskonflikte, staatliche Interventionen, ...) und bedient sich der jeweils angemessenen fachlichen Methode (z. B. Umfrage, Interview, Fallstudie, Konfliktanalyse, ...), der zugrundeliegenden Fachkonzepte (z. B. Gesetzgebung, Konflikte usw.) und daraus abgeleiteter Analysekriterien (z. B. Akteurinnen und Akteure, Interessen, Macht, Werte, ...). Macht- und herrschaftskritische sowie sozioökonomische Kriterien (z. B. entlang der Kategorien *Race*, *Class*, *Gender*) dabei einzubeziehen unterstützt, soziale Machtgefälle und Ungleichheiten - auch in einer Demokratie - zu identifizieren. Damit zusammen hängt die Frage, welche Themen und wessen Interessen (nicht) verhandelt und (medial) wahrgenommen werden. Der Politikunterricht kann in der Analyse diese Stimmen sichtbar machen und Möglichkeiten diskutieren, wie Exklusionen, Marginalisierungen und Diskriminierung in einer Demokratie abgebaut werden können.

Zur sicheren und routinierten Anwendung verschiedener, auch digital gestützter Analysemethoden (z. B. zur Auswertung von Umfragen) gehört, die methodische Vorgehensweise transparent und (wenn möglich) gemeinsam zu planen und mit den Schülerinnen und Schülern über die Eignung verwendeter Methoden kritisch zu reflektieren. Die (zunehmend) selbstständige Analyse zu unterstützen ist eine wesentliche Grundlage für das politische Urteilen und führt zum wissenschaftlichen Arbeiten hin.

Urteilen

Politisches Urteilen beschreibt die Fähigkeit, ausgehend von gesellschaftspolitischen Problemstellungen Positionen einzunehmen und diese auch (öffentlich) zu begründen. Dies kann sich auf Fragen, Prozesse, Akteurinnen und Akteure sowie (Wahl-)Entscheidungen des sozialen und kommunalen Nahraums ebenso beziehen wie auf die (supra-)nationale oder globale Ebene.

Wird ein Urteil formuliert, das sich im Reflexionsniveau von einem Vorausurteil unterscheidet, so werden verschiedene politische Vorschläge und Forderungen politischer Akteurinnen und Akteure sowie Resultate politischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse analysiert und bewertet. Die Reflexion und Analyse verschiedener Perspektiven politischer Akteurinnen und Akteure, aber auch jene der von politischen Entscheidungen Betroffenen, dienen hierbei als Bezugspunkte. Damit lassen sich Problemstellungen beurteilen, indem beispielsweise die Sicht von Parteien, Medien, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern eingenommen werden. Aus diesen Blickwinkeln heraus können dann unterschiedliche Argumente formuliert werden, die sich wiederum an verschiedenen Grundwerten wie Gerechtigkeit, Freiheit, Menschenwürde, Solidarität (Legitimität), aber auch Kosten oder Nutzen (Effizienz) orientieren. Diese Kriterien sind dabei anschlussfähig an die Fachkonzepte bzw. fachwissenschaftlichen Kategorien.

Im Unterricht werden multiperspektivische und kontroverse Urteile entwickelt und diskutiert, die die gesellschaftliche Interessenvielfalt im Rahmen demokratischer Grundwerte möglichst wider spiegeln (Beutelsbacher Konsens). Positionen, die diese Grundwerte verletzen, werden kritisch

eingeordnet bzw. dekonstruiert. Zugleich kommt dem Politikunterricht angesichts (sozialer) Ungleichheiten - wie schon bei der Analyse - die Aufgabe zu, politische Entscheidungen im Hinblick auf marginalisierte und ungehörte Perspektiven zu hinterfragen.

Die Anerkennung einer demokratisch-pluralistischen Meinungsvielfalt als Kennzeichen der Demokratie wird durch einen kontroversen, problemorientierten Politikunterricht gefördert. Zugleich stellt er einen angstfreien Raum dar, in dem Schülerinnen und Schüler sowohl ihre (mitunter emotional besetzten) Vorausurteile und Positionen äußern, versachlichen, festigen oder ggf. revidieren können. Dafür ist es wichtig, eine offene Umgebung zu schaffen, die durch eine intensive Auseinandersetzung von einem Vorausurteil zu einem begründeten Urteil führt.

Methoden anwenden

Alle fachspezifischen Kompetenzen werden von der Methodenkompetenz getragen. Im Zentrum stehen die Methoden, verschiedene Medien auszuwerten (z. B. Text-, Bild- und Videoquellen wie auch Statistiken, Karikaturen oder Dokumentationen) und politische Informationen (z. B. Recherche, Interviews, Befragung von Expertinnen und Experten) zu gewinnen. Diese können mithilfe digitaler und/oder analoger *Tools* vorgenommen werden. Im Politikunterricht der gymnasialen Oberstufe werden diese Fähigkeiten durch den Umgang mit weiteren Methoden der empirischen Sozialforschung zur Erkenntnisgewinnung ergänzt und vertieft, z. B. Befragungen und Szenarioanalysen.

In der Auseinandersetzung mit Desinformationen, Verschwörungsdenken oder auch *Framing* trägt der Politikunterricht zur Medienkompetenz (s. Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe Teil B) der Lernenden bei. Dies geschieht indem er zur Fähigkeit anleitet, die Glaubhaftigkeit und die Qualität (politischer) Informationen kritisch zu prüfen sowie gesellschaftliche Diskurse und das Setzen von Begriffen und Narrativen zu hinterfragen.

Aufgrund der hohen Bedeutung von Kommunikation und Sprache ist die Förderung der domänen spezifischen Kompetenzen des Politikunterrichts eng mit einer (durchgängigen) Sprachbildung verknüpft, für die Politikkompetenz der Lernenden ist bildungssprachliche Handlungskompetenz eine wesentliche Voraussetzung. Einerseits wird Alltagssprache sukzessive durch Fachsprache erweitert, andererseits werden Sprachhilfen für die Schlüsselaktivitäten Artikulieren, Argumentieren, Verhandeln, Entscheiden und Reflektieren angeboten und eingeübt. Der Einsatz rhetorischer Mittel beim Argumentieren wird durch die Bewusstmachung der Wirkung solcher Mittel angebahnt oder auch implizite oder explizite Wertungen in der Sprachverwendung kritisch reflektiert.

Die Nutzung kooperativer Lernformen und kollaborativer Lerntools unterstützt die politische Urteils- und Handlungskompetenz der Lernenden. Demokratiebildendes Potenzial von (Politik-) Unterricht eröffnet sich über die Einbindung der Lernenden in Planung, Durchführung und Reflexion von Unterrichtsinhalten, -methoden und Interaktionen (demokratische Unterrichtskultur). Analyseergebnisse, politische Urteile und politisches Handeln können zur Reorganisation von neuem Wissen sowie zur Sicherung und Vertiefung in Lernprodukte einfließen, z. B. Plakate, Posts, Blogs, Videos, Präsentationsfolien oder Podcasts, aber auch Politikempfehlungen, Kommentare, Reden oder die Planung von Workshops.

Konzeptwissen anwenden

Konzeptwissen bezieht sich auf das Fachwissen der Schülerinnen und Schüler, das in Form von Basis- und Fachkonzepten im Laufe der Schuljahre erworben wird. Konzepte sind inhaltlich umfangreicher als Begriffe und Definitionen (enzyklopädisches Wissen). Sie beziehen sich auch auf Kontroversen und Probleme, die mit dem jeweiligen Konzept im Zusammenhang stehen (z. B. repräsentative versus direkte Demokratie).

Dabei wird ggf. reflektiert, welche Vorstellungen und Werte durch bestimmte Begriffe geschaffen werden (z. B. was sind öffentliche und was private Güter?). Über die Ausprägung des Konzeptwissens werden schließlich politische Phänomene erklärbar gemacht und können, um den Erkenntnisprozess zu strukturieren, für eine Fülle politischer Probleme genutzt werden.

Der Erwerb von Konzeptwissen erfolgt, indem das Verständnis der fachspezifischen Konzepte kontinuierlich weiterentwickelt wird und, damit einhergehend, die einzelnen Konzepte vernetzt werden. Dazu werden die für den Unterrichtsgegenstand passenden Fachkonzepte angewendet und systematisch als Analyse- und Urteilkategorien eingesetzt. Über die Arbeit mit den jeweiligen Begriffen erweitern die Lernenden ihre Fachkenntnisse und korrigieren ggf. Fehlverständnisse.

Unterschieden wird in Basis- und Fachkonzepte. Die Basiskonzepte spiegeln die Kernideen von Politik und haben eine Nähe zum Politikbegriff der drei Dimensionen des Politischen (*Polity, Policy, Politics*). Sie helfen Schülerinnen und Schülern bei der Analyse von Problemstellungen und unterstützen Lehrkräfte bei der Unterrichtsplanung.

Basiskonzepte setzen sich aus einer Vielzahl von Fachkonzepten zusammen. An ihnen lässt sich das prinzipiell Politische erkennen und beschreiben. Fachkonzepte aus weiteren Domänen einzubeziehen (z. B. Recht, Wirtschaft, Soziologie oder Geschichte) ist je nach Untersuchungsgegenstand sinnvoll, solange der Kern des Politischen erhalten bleibt – wobei das Politische hier weit gefasst ist und auch gesellschaftliche Fragen einschließt. Die Auswahl und Verwendung von Fachkonzepten hat einen funktionalen Charakter und hängt vom behandelten politischen Problem bzw. Sachverhalt ab.

Basis- und Fachkonzepte

	Basiskonzepte	Fachkonzepte (Kategorien), z. B.:
Polity	Ordnung/Systeme/Strukturen gesellschaftlicher, politischer, rechtlicher, wirtschaftlicher Handlungsräume	<ul style="list-style-type: none"> – Gewaltenteilung – Repräsentation – Demokratie – Verfassungsprinzipien – Staat – Markt – globales Regieren – etc.
Policy	Interessen/Werte/ Grundorientierungen kontroverse Bewertungsmaßstäbe anhand von Werten, Interessen, Theorien, Programmen, etc.	<ul style="list-style-type: none"> – Menschenwürde – Recht – Gerechtigkeit – Freiheit – Gleichheit – Frieden – Sicherheit – Nachhaltigkeit – öffentliche Güter (Bildung, Kultur, Infrastruktur) – <i>Race - Class - Gender</i> – etc.

Politics	<p>Entscheidung/Akteurinnen und Akteure/Macht</p> <p>Entscheidungs- und Machtbildungsprozesse der Akteurinnen und Akteure</p>	<ul style="list-style-type: none">- Parteien- Interessengruppen- Parlament- Regierung- Opposition- Wahlen- Legitimation- Öffentlichkeit- Massenmedien- Macht- Interesse- Konflikt- etc.
-----------------	---	---

2 Standards für die Kompetenzbereiche im Fach Politische Bildung

2.1 Eingangsvoraussetzungen

Für einen erfolgreichen Kompetenzerwerb in der gymnasialen Oberstufe sollten die Schülerinnen und Schüler zu Beginn der Qualifikationsphase bestimmte fachliche Anforderungen bewältigen. Diese sind identisch mit den H-Standards des Rahmenlehrplans für die Jahrgangsstufen 1–10, Teil C Politische Bildung. Die H-Standards setzen jeweils die Kompetenzen auf den vorgelagerten Niveaustufen voraus. Lehrkräfte nutzen sie für differenzierte Lernarrangements sowie zur individuellen Lernberatung. Den Lernenden ermöglichen sie, sich ihres Leistungsstandes zu vergewissern.

2.2 Abschlussorientierte Standards

Die abschlussorientierten Standards definieren die Kompetenzen, die Lernende bis zum Ende der Qualifikationsphase erwerben sollen. Diese werden sowohl im Unterricht des Grundkursfachs als auch des Leistungskursfachs entwickelt.

Sowohl im Grundkursfach als auch im Leistungskursfach gelten gleiche Anforderungen und Ziele im Hinblick auf die Entwicklung politischer Mündigkeit und Handlungskompetenz. Der Unterschied in den Anforderungen des Grund- und des Leistungskurses liegt im Umfang und in der Tiefe der gewonnenen Kenntnisse und des Wissens über deren Verknüpfungen. Zudem unterscheiden sie sich im Maß der Selbststeuerung bei der Bearbeitung von Problemstellungen.

Das erhöhte Anforderungsniveau im Leistungskurs zeichnet sich durch eine Zunahme von Komplexität, Abstraktheit, Breite und Tiefe sowie Differenziertheit aus.

Dies äußert sich im Politikunterricht im **Kompetenzbereich Methodische Fähigkeiten** darin, dass die Lernenden komplexere Fragestellungen mit einem größeren Repertoire methodischer Fähigkeiten auch wissenschaftlich erschließen und die Auswahl der eingesetzten fachlichen Methoden reflektieren.

Für den **Kompetenzbereich Analysieren** werden im Vergleich zum grundlegenden Anforderungsniveau zu bestimmten Themen die Inhalte komplexer und in ihrem theoretischen Gehalt tiefer erschlossen.

Im **Kompetenzbereich Urteilen** können Lernende auf erhöhtem Anforderungsniveau komplexere Argumente mit Belegen unterstreichen und damit eigene Standpunkte differenzierter begründen.

Im Folgenden werden die fachbezogenen Kompetenzen anhand von Standards präzisiert. Dabei gelten die formulierten Standards für die Anforderungen im Grund- und im Leistungskurs.

2.2.1 Mündig handeln

Interessen vertreten

Die Lernenden ...

- vertreten ihre Interessen sachlich und respektvoll vor anderen und begründen diese mit Hilfe fachbezogener Konzepte,
- vertreten Interessen in Auseinandersetzung mit konkurrierenden und entgegengesetzten Interessen und Perspektiven,
- vertreten Interessen (schul-)öffentliche (z. B. in einer simulierten *Talkshow*, einer Debatte oder Pro- und Kontra-Diskussion),
- vertreten Positionen in anderen Rollen, die mit ihrer eigenen konkurrieren.

Konflikte austragen

Die Lernenden ...

- berücksichtigen in der politischen Diskussion die Verschiedenheit aller Menschen und ihrer Bedürfnisse und sind bereit, Vorausurteile zu reflektieren wie auch Kompromisse zu finden und einzugehen,
- nutzen Verfahren der Konfliktanalyse, um politische Konflikte zu erschließen und mögliche Lösungen (z. B. Kompromisse) zu entwickeln,
- tragen (simulativ) politische Konflikte aus (z. B. in Plan- und Entscheidungsspielen).

Politisch entscheiden

Die Lernenden ...

- vergleichen und bewerten unterschiedliche Formen der Entscheidungsfindung und der Durchsetzung eigener/gesellschaftlicher Interessen,
- wenden unterschiedliche Formen der Entscheidungsfindung und Durchsetzung eigener/gesellschaftlicher Interessen (simulativ) an (z. B. Wahlen simulieren, Verfahren zur Konsensbildung, Abstimmungen durchführen).

2.2.2 Analysieren

Politische Probleme methodisch erschließen

Die Lernenden ...

- wählen geeignete Analyseverfahren aus und wenden diese an,
- arbeiten die interessengeleitete Setzung, Verbreitung und Dominanz von Themen heraus.

Politische Probleme, Entscheidungen und Kontroversen analysieren

Die Lernenden ...

- beschreiben und erläutern politische Problemlagen, Entscheidungen, Kontroversen mit Hilfe fachbezogener Kriterien, Konzepte, Modelle und Theorien,
- arbeiten die Perspektiven von Betroffenen sowie die von Akteurinnen und Akteuren auf politische Problemlagen, Entscheidungen und Kontroversen heraus,
- vergleichen politische Problemlagen, Entscheidungen und Kontroversen,

- analysieren, wie politische Problemlagen, Entscheidungen und Kontroversen medial dargestellt und verhandelt werden.

2.2.3 Urteilen

Politische Urteile entwickeln und begründen

Die Lernenden ...

- diskutieren politische Problemstellungen mithilfe fachbezogener Kriterien, Konzepte, Modelle und Theorien,
- reflektieren die Kriterien, Konzepte, Theorien und Perspektiven, die dem eigenen und dem politischen Urteilen anderer zugrunde liegen,
- entwickeln (eigene) Urteile, in denen sie kriteriengeleitet verschiedene Argumente und Perspektiven abwägen.

Sich mit der Wertgebundenheit politischer Urteile auseinandersetzen

Die Lernenden ...

- reflektieren Grundhaltungen und Wertesysteme, die dem eigenen und dem politischen Urteilen anderer zugrunde liegen,
- begründen die Auswahl und Gewichtung der von ihnen verwendeten Urteilskriterien (z. B. unterschiedliche Wertmaßstäbe).

Politische Lösungen gestalten

Die Lernenden ...

- entwickeln Lösungsvorschläge für politische Problemstellungen, indem sie sowohl verschiedene Adressatinnen und Adressaten als auch Perspektiven bedenken,
- begründen politische Lösungsvorschläge mithilfe fachlicher Kriterien, Konzepte und Theorien,
- prüfen politische Lösungsvorschläge auf ihre Realisierbarkeit und mögliche Folgen (z. B. Wirksamkeit, ökonomische, soziale und ökologische Folgen).

2.2.4 Methoden anwenden

Politisch kommunizieren

Die Lernenden ...

- verwenden sachbezogen politische Fachbegriffe, hinter denen Fachkonzepte stehen,
- problematisieren die (implizite) Bedeutung politischer Fachbegriffe sowie deren Sprachverwendung und Wirkung,
- verwenden sprachliche Mittel des politischen Argumentierens und der politischen Debatte,
- reflektieren den Einsatz und die Wirkung digitaler Medien für die politische Kommunikation.

Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen

Die Lernenden ...

- analysieren Texte, Schaubilder, Tabellen, Filme, Bilder, Karikaturen, Beiträge in sozialen Medien mithilfe geeigneter fachlicher Methoden,
- prüfen die Quellen und den Aussagewert politischer Informationen und mögliche Absichten bei deren Veröffentlichung,
- wenden Methoden der empirischen Sozialforschung an (z. B. Interviews, Befragungen),
- erörtern methodenkritisch selbst verwendete Analyseverfahren.

Politische Medienprodukte erstellen

Die Lernenden ...

- gestalten Medienprodukte zu politischen Problemen und Entscheidungsfragen (z. B. Video, Präsentation, *Podcast*, Kommentar, Rede, Beiträge in sozialen Medien),
- reflektieren die Wirkung der erstellten Medienprodukte.

Arbeitsprozesse partizipativ gestalten

Die Lernenden ...

- wählen begründet Inhalte, Themenschwerpunkte, Methoden und Produkte aus,
- verständigen sich über Ziele und Verfahren der Gruppenarbeit (z. B. Beitrag zum Ergebnis),
- nutzen kooperative und kollaborative Lernformen, um Lerninhalte zu erschließen und Lernprodukte herzustellen,
- kooperieren mithilfe digitaler kollaborativer Lern-*Tools*,
- überprüfen und optimieren kollaborative Arbeitsprozesse und ihre Ergebnisse.

3 Themenfelder und Inhalte

3.1 Einführungsphase in der Jahrgangsstufe 11

Die Einführungsphase der gymnasialen Oberstufe hat eine Brückenfunktion zwischen der Sekundarstufe I und der Qualifikationsphase. Die Lernenden bauen in dieser Phase fachspezifische Kompetenzen aus und festigen sie. Sie setzen sich exemplarisch mit politischen Problemstellungen auseinander. Projektorientiertes Arbeiten unter Einbeziehung außerschulischer Lernorte bzw. außerschulischer Expertinnen und Experten fördert diese Anliegen in besonderem Maße.

Um einen erfolgreichen Übergang in die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe zu ermöglichen, werden in der Jahrgangsstufe 11 an Integrierten Sekundarschulen/Gemeinschaftsschulen/Beruflichen Gymnasien (Land Berlin) und Gesamtschulen/Beruflichen Gymnasien (Land Brandenburg) die Kompetenzen entsprechend dem Kompetenzmodell der Sekundarstufe I weiterentwickelt.

Die Kompetenzentwicklung in der Einführungsphase orientiert sich an den im Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 1-10, Teil C Politische Bildung formulierten H-Standards. Für die Planung des Unterrichts in der Einführungsphase werden die H-Standards in allen Kompetenzbereichen auf die Inhalte der Einführungsphase angewendet. Die Schülerinnen und Schüler erhalten die Möglichkeit, Defizite auszugleichen und Stärken weiterzuentwickeln. Sie vertiefen bzw. erwerben fachbezogen und fachübergreifend Grundlagen für wissenschaftspropädeutisches Arbeiten und bewältigen zunehmend komplexe Aufgabenstellungen. Dabei wenden sie fachliche und methodische Kenntnisse und Fertigkeiten mit wachsender Sicherheit selbstständig an.

Schwerpunkte der Kompetenzentwicklung in der Einführungsphase

Die Lernenden ...

- stellen Positionen (in einer fremden Rolle) dar (z. B. in einer Pro- und Kontra-Diskussion oder einer simulierten *Talkshow*) (Kompetenzbereich Mündig handeln),
- tragen politische Konflikte (simulativ) aus und handeln Kompromisse aus (z. B. im Plan- und Entscheidungsspiel) (Kompetenzbereich Mündig handeln),
- untersuchen längere Texte verschiedener Textsorten (z. B. Kommentar, Interview, Reportage) mithilfe ausgewählter Methoden (Kompetenzbereich Methoden anwenden),
- verfassen längere kohärente Texte mithilfe allgemeiner und fachspezifischer bildungssprachlicher Termini (Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe, Teil B Bildungssprachliche Handlungskompetenz),
- analysieren und beurteilen die Rolle digitaler Medien für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung (Rahmenlehrplan für die gymnasiale Oberstufe, Teil B Handlungskompetenzen in der digitalen Welt),
- wählen geeignete simulative, empirische und handlungsorientierte Methoden aus (Kompetenzbereich Methoden anwenden).

In der Einführungsphase werden eine aktuelle politische Kontroverse und zwei weitere Themen aufgegriffen, die in neue Inhalte einführen, aber auch Inhalte aus der Sekundarstufe I vertiefen. Die Themenvorschläge (andere Themen sind möglich) sind so konzipiert, dass Inhalten aus der Qualifikationsphase nicht vorgegriffen wird. Thematische Überschneidungen sind hier nicht gänzlich zu vermeiden. Die Lernenden werden bei der Auswahl der Inhalte so weit wie möglich einbezogen.

Das Themenfeld für die Einführungsphase sieht vor, dass eine aktuelle gesellschaftlich-politische Kontroverse bzw. ein aktueller politischer Konflikt exemplarisch und vertiefend behandelt wird. Je nach Auswahl wird dieser Inhalt im Unterricht mithilfe passender Fachkonzepte erschlossen (z. B. Gesetzesvorhaben → Politikzyklus; internationaler Konflikt → Konfliktanalyse). Damit verbunden ist die exemplarische Auseinandersetzung mit einer Bandbreite unterschiedlicher Angebote der Medienlandschaft (z. B. Kommentar, Talkshow, Reportage, Podcast, politische Satiresendung, Beiträge in sozialen Netzwerken).

Daneben werden weitere Themen vorgeschlagen, die auf Grundsatzfragen des Politischen, auf Macht und Herrschaft, Partizipation und Demokratie, Staat und Gesellschaft, Gerechtigkeit oder auf Freiheit und Sicherheit hinführen. Diese Themen eignen sich in besonderer Weise, übergreifende Themen und fächerverbindende Perspektiven einzubeziehen.

Zielsetzung ist, die Schülerinnen und Schüler – auch für die sich anschließende Qualifikationsphase – zu einer vertieften Beschäftigung mit aktuellen politischen Problemlagen, Kontroversen und Entscheidungen zu befähigen und zu ermuntern.

Politische Kontroversen, Probleme und Herausforderungen

Anhand eines aktuellen Beispiels für eine politische Kontroverse oder einen politischen Konflikt werden politische Probleme analysiert und mögliche Lösungen erörtert:

- Welche Positionen werden vertreten? Welche politischen Entscheidungsfragen stellen sich? Wie kann ein aktueller Konflikt gelöst werden? → problemorientierter Zugang
- Nutzung von Fachkonzepten (z. B. Gesetzesvorhaben → Politikzyklus; internationaler Konflikt → Konfliktanalyse) sowie entsprechender Urteilskriterien

Die Lernenden setzen sich mit lebensweltbezogenen Problem- und Inhaltsfeldern der Politik auseinander. Mögliche Themen können sein:

- Politische Sozialisation – Prätgt der Einfluss der Familie das eigene politische Denken?
- Neubesiedelung einer Insel – Sind alternative Gesellschaftsmodelle denkbar?
- Digitale Medien und soziale Netzwerke – Politischer Raum ohne Kontrolle?
- Politik und Popkultur – Kann Musik die Welt verändern?
- Diskussion um öffentliche Güter am Beispiel der Gesundheitspolitik – Sollten Patente auf Medikamente abgeschafft werden?
- Verringerung von Kunststoffabfällen im Meer – Ist das realistisch?
- Weitere Inhalte bzw. Themen (unter Berücksichtigung der politischen Aktualität, schulspezifischer Bedingungen bzw. Festlegungen sowie Präferenzen der Lerngruppe)

3.2 Themenfelder und Inhalte für die Qualifikationsphase

Die Themenfelder und Inhalte knüpfen an die Themen und Inhalte des Fachs Politische Bildung in der Sekundarstufe I an. Die Themenfelder sind inhaltlich und zeitlich so strukturiert, dass sie eine sinnvolle und begründete Reihenfolge ergeben.

Für jedes Kurshalbjahr werden zwei Basismodule ausgewiesen. Zusätzlich gibt es vom ersten bis zum dritten Kurshalbjahr Vertiefungsmodule. Basismodule sind obligatorisch. Im Grundkurs ist vom ersten bis zum dritten Kurshalbjahr jeweils mindestens ein Vertiefungsmodul obligatorisch, im Leistungskurs jeweils mindestens zwei.

In den Vertiefungsmodulen werden einzelne Aspekte der Basismodule exemplarisch, inhaltlich, theoretisch oder unter dem Aspekt des wissenschaftspropädeutischen Arbeitens erweitert oder vertieft. Sie werden zu den Inhalten der Basismodule herangezogen und integrativ unterrichtet.

Bei der Ausgestaltung der Themenfelder und Inhalte werden im Unterricht der gymnasialen Oberstufe die Basis- und Fachkonzepte der Politischen Bildung aufgegriffen und in ihrer Komplexität theoretisch erschlossen. Politische Probleme und Handlungsoptionen zu ihrer Lösung werden mithilfe politischer Kategorien und Kriterien diskutiert. Die Inhalte in den einzelnen Themenfeldern stehen immer in Bezug zu allen vier Kompetenzbereichen: Methoden anwenden, Analysieren, Urteilen und Mündig handeln. Diese wiederum sind wechselseitig miteinander vernetzt.

Auf Grundlage der Angaben zu den Themenfeldern werden die im Rahmen des schulinternen Curriculums fachbezogenen Festlegungen für die Schule erarbeitet. Bei der inhaltlichen Ausgestaltung der Basis- und Vertiefungsmodule sowie der Auswahl der Vertiefungsmodule sind die Interessen der Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen.

Um zu veranschaulichen, wie die abschlussorientierten Standards mit den Inhalten der Themenfelder verknüpft werden können, sind am Ende der Themenfelder mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung angegeben. Die Klammerangaben hinter den Kompetenzbeschreibungen beziehen sich jeweils auf den dazugehörigen Kompetenzbereich und Standard.

Verteilung der Themenfelder auf die Kurshalbjahre der Qualifikationsphase (Q1-Q4)

Themenfelder für den Grund- und Leistungskurs	
Q 1	3.2.1 Demokratie
Q 2	3.2.2 Politik und Wirtschaft
Q 3	3.2.3 Globales Regieren
Q 4	3.2.4 Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung

3.2.1 Demokratie

Demokratie muss sich beständig neuen Herausforderungen stellen: Zum einen gilt es, die Demokratie und die Grundrechte gegen antidemokratische Ideologien und Bewegungen, die sie abschaffen wollen, zu verteidigen. Zum anderen gibt es legitime Diskurse, inwiefern die Prozesse und Strukturen der demokratischen Entscheidungsfindung auf verschiedenen politischen Ebenen umfassendere Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger wie auch die Mitsprache der von politischen Entscheidungen Betroffenen vorsehen sollten.

Dabei ist es zentral, Prozesse und Strukturen nicht abstrakt und schematisch als Institutio-nenkunde darzustellen, sondern anhand aktueller politischer Kontroversen, die in ihrer Thematik schülerinnen- und schülernah sind. Damit lassen sich exemplarisch die Funktionsweise demokratischer Entscheidungsprozesse und der daran beteiligten Institutionen sowie Akteurinnen und Akteure analysieren und beurteilen.

Anhand eines oder mehrerer solcher aktuellen Beispiele setzen sich die Schülerinnen und Schüler im Basismodul 1 daher kritisch mit konkurrierenden politischen Handlungsvorschlägen und ihren möglichen Auswirkungen auseinander. Bereits in der Sekundarstufe I angelegte fachliche Kompetenzen über ausgesuchte Politikfelder, Strukturen und Aufbau der politischen Systeme der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union entwickeln sie hierbei weiter.

Im Basismodul 2 analysieren die Lernenden die Bedeutung der Grundrechte für die freiheitlich-demokratische Grundordnung und beurteilen aktuelle Fallbeispiele von Grundrechtskollisionen. Dabei sind besonders schülerinnen- und schülernahe Fälle auszuwählen, in denen auch Minderjährige Trägerinnen und Träger von Grundrechten sind.

Die Geltung der Grundrechte und das Demokratieprinzip werden von antidemokratischen Gruppen in Frage gestellt. Die Lernenden analysieren gegenwärtige aktuelle demokratiegefährdende Tendenzen am Rande und in der Mitte der Gesellschaft und beurteilen die Handlungsmöglichkeiten der wehrhaften Demokratie und der Individuen am konkreten Beispiel.

Die Fragestellungen des Basismoduls 1 lassen sich beispielsweise durch eine demokratietheoretische Analyse mit dem Vertiefungsmodul 1 verknüpfen und damit auch auf abstrakterer, allgemeinerer Ebene erörtern. Ebenso lässt sich hier die Partizipation und die Ausgestaltung des politischen Systems mit Vertiefungsmodul 2 auf die europäische Ebene übertragen und weiterdenken.

Auch das Vertiefungsmodul 3 bietet zahlreiche Anknüpfungsmöglichkeiten, beispielsweise eine Weiterführung, wie die Gegner der Demokratie ein System in ihrem Sinne umgestalten können. Andere Verknüpfungen als die hier angeführten sind denkbar.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte zu den übergreifenden Themen Demokratiebildung und Europabildung in der Schule.

Basismodul 1: Partizipation und Entscheidungsprozesse im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der EU

Anhand einer oder mehrerer aktueller politischer Kontroversen werden die Struktur und Ergebnisse von Entscheidungsprozessen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland und der EU analysiert und beurteilt. Berücksichtigt werden dabei je nach Schwerpunkt:

- an der Gesetzgebung beteiligte Organe und deren Arbeitsweise auf nationaler und europäischer Ebene
- Staatsstrukturprinzipien, Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung
- Spannungsfeld von repräsentativer und direkter Demokratie
- der Einfluss von Akteurinnen und Akteuren auf politische Entscheidungen (Parteien, Verbände, Medien, Expertinnen und Experten, Zivilgesellschaft)

Anhand aktueller Beispiele und gesellschaftlicher Debatten werden die Chancen, Herausforderungen und Möglichkeiten von Partizipation insbesondere von Jugendlichen und jungen Erwachsenen analysiert und multiperspektivisch beurteilt, beispielsweise:

- Volksentscheide, Petitionen, Bürgerinnen- und Bürgerräte
- Demonstrationen, Proteste, ziviler Ungehorsam
- Engagement auf kommunaler/bezirklicher Ebene (Schöffen, Jugendparlamente)

Dabei werden die legalen Grenzen der Partizipation thematisiert und beispielsweise auf ihre Wirksamkeit und Legitimität hin beurteilt. Die Schülerinnen und Schüler setzen sich mit ihren eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten auseinander.

Basismodul 2: Grundrechte und Verteidigung der Demokratie

Anhand eines oder mehrerer Fallbeispiele werden Kollisionen zwischen Grundrechten und innerhalb eines Grundrechts analysiert und diskutiert, z. B.:

- Meinungsfreiheit vs. Menschenwürde, Freiheit vs. Sicherheit, positive vs. negative Religionsfreiheit
- die Rolle des Bundesverfassungsgerichts und die Bewertung von Grundrechtseingriffen aus juristischer und politischer Perspektive

Aktuelle antidemokratische Entwicklungen werden mithilfe wissenschaftlicher Analysen und Theorien eingeordnet:

- Phänomene (Affinität zu autoritären und diktatorischen Regierungsformen, Befürwortung politischer Gewalt, Verharmlosung/Rechtfertigung des Nationalsozialismus, autoritärer Nationalismus, religiöser Fundamentalismus und Islamismus)
- Ideologien der Ungleichwertigkeit (Antisemitismus, Rassismus, Klassismus, Sexismus etc.)
- die Rolle von (sozialen) Medien (Zugang zu vielfältigen Informationen, Austausch und Partizipation vs. Desinformation, Filterblasen, *Hate-Speech*)

Möglichkeiten der Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung durch Staat (wehrhafte Demokratie) und Zivilgesellschaft (z. B. NGOs,) werden erläutert und diskutiert.

Vertiefungsmodul 1: Theoretische Grundlagen der Demokratie

Zum vertieften Verständnis der Ausgestaltung von Demokratie und Partizipation werden Kernelemente unterschiedlicher empirischer und normativer Theorieansätze analysiert, z. B.:

- liberale und pluralistische Demokratietheorien
- partizipative und deliberative Demokratietheorien
- transnationale demokratische Beteiligung
- feministische Demokratietheorien

Dabei werden auf theoretischer Grundlage mögliche Reformansätze begründet und diskutiert, die dazu dienen, aktuelle Herausforderungen der Demokratie zu bewältigen.

Vertiefungsmodul 2: Demokratie in der Europäischen Union

Exemplarisch an konkreten, aktuell kontrovers diskutierten Entscheidungsprozessen werden die Akteurinnen und Akteure der Gesetzgebung der EU analysiert wie auch Strukturen und Prozesse beurteilt. Berücksichtigung finden dabei beispielsweise:

- das politische System der EU als Mehrebenen-System
- supranationale und intergouvernementale Entscheidungsfindung
- Verletzung demokratischer Grundwerte durch EU-Mitgliedsstaaten, Kritik der EU-Flüchtlingspolitik
- mögliche Reformansätze, die Legitimität der EU-Organe zu erhöhen und Demokratiedefizite abzubauen (z. B. Initiativrecht für das Europäische Parlament, Partizipationsmöglichkeiten)

Grundsätzlich werden bei dieser Analyse und der Beurteilung der Legitimität und Funktionsweise der europäischen Demokratie die Unterschiede zwischen nationaler und supranationaler Demokratie bedacht.

Vertiefungsmodul 3: Politische Systeme im Vergleich

Die demokratische Verfasstheit und die Perspektiven für die Demokratie werden am Beispiel ausgewählter Staaten analysiert, etwa anhand von:

- Demokratie-Indices unter Analyse und Beurteilung der zur Messung herangezogenen Kriterien
- Einschätzung von Wahlen/Wahlsystemen hinsichtlich demokratischer Legitimität
- Partizipationsmöglichkeiten und -hürden, Rolle zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure in der Politik
- Ursachen für demokratische Regression und Demokratisierungsprozesse

Deutlich wird die Vielfalt der Ausgestaltungsmöglichkeiten von Demokratien, beurteilt werden an den konkreten Beispielen auch die damit einhergehenden unterschiedlichen Grade der demokratischen Legitimation und die Gefahren antidemokratischer Entwicklungen.

Vertiefungsmodul 4: Politik und (soziale) Medien

Anhand aktueller Beispiele der Medienberichterstattung wird die Rolle der (sozialen) Medien in Wahlen und im politischen Prozess analysiert und erörtert, z. B.:

- Wandel der Medienlandschaft und -nutzung und dessen Auswirkungen (duales Rundfunksystem, Geschäftsmodelle sozialer Netzwerke)
- Medien und politische Partizipation, *Agenda-Setting*
- Politische Kommunikation, zielgruppengerechte Ansprache (Rolle von Algorithmen, Filterblasen, *Wording* und *Framing*)

Hierbei werden Fragen eines pluralen und unabhängigen Medienangebots, seiner Inhalte und die eigene Mediennutzung kritisch reflektiert.

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- wählen Demokratie-Indices aus, um die demokratische Verfasstheit von Staaten zu analysieren (Analysieren: politische Probleme methodisch erschließen),
- verwenden sachbezogen politische Fachbegriffe, hinter denen Fachkonzepte stehen (Wahlgrundsätze, Rolle des Parlaments, Medienfreiheit, politische Kultur, Rechte von Bürgerinnen und Bürgern) (Methoden anwenden: politisch kommunizieren),
- diskutieren anhand verschiedener Demokratietheorien Reformansätze zur Weiterentwicklung demokratischer politischer Systeme (Urteilen: politische Urteile entwickeln und begründen).

3.2.2 Politik und Wirtschaft

Die Betrachtung von Politik und Wirtschaft widmet sich der grundlegenden Frage des Verhältnisses von Staat und Markt sowie Überlegungen, wie in diesem Spannungsfeld eine Wirtschaftspolitik umgesetzt werden kann, die sowohl sozial gerecht und nachhaltig ist, als auch wirtschaftliche Prosperität sichert. Nationalstaatliche und europäische Wirtschaftspolitik wird im Themenfeld Politik und Wirtschaft wegen zahlreicher globaler, internationaler Verflechtungen aus dem Blickwinkel globaler Wirtschafts-Akteurinnen und -Akteure in den Blick genommen. Dabei rücken verschiedene Bevölkerungsgruppen und Wirtschaftsbereiche in den Fokus, die unterschiedlich betroffen sind.

Schülerinnen und Schüler setzen sich mit wirtschaftspolitischen Instrumenten und Reformvorschlägen zur Lösung dieser Spannungsverhältnisse auseinander, entwerfen eigene Konzepte und hinterfragen jeweils zugrundeliegende theoretische Prämissen.

Das Basismodul 1 rückt Wirtschafts- und Konjunkturpolitik sowie wirtschaftliche Probleme und Krisen in das Zentrum der Analyse. Dabei werden aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen und Probleme auf europäischer und nationaler Ebene erschlossen sowie Vorschläge zu ihrer Lösung erörtert. Eine mögliche integrative Vertiefung besteht darin, hierzu die Positionen und Ziele von Parteien, Verbänden oder Unternehmen zu analysieren und zu diskutieren (Vertiefungsmodul 1). Auch das Vertiefungsmodul 2 ist hier als erweiterte Option möglich, um sich vor dem Hintergrund von Problemstellungen mit alternativen Wirtschaftsformen auseinanderzusetzen.

Das Basismodul 2 öffnet den Blick auf die globale Ausgestaltung der Wirtschaft. In Anbetracht von Reformvorschlägen zur Gestaltung des weltweiten Handels werden sowohl theoretische Hintergründe analysiert als auch konkrete Ausgestaltungsoptionen diskutiert. Hierbei ist das Vertiefungsmodul 3 eine inhaltliche Ergänzung. Sie könnte beispielhaft die Augen auf Länder des globalen Südens richten, um die lokalen Folgen des Postkolonialismus zu analysieren und Handlungsoptionen zu entwerfen.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte für die übergreifenden Themen Europabildung in der Schule, Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen sowie Verbraucherbildung.

Basismodul 1: Wirtschafts- und Konjunkturpolitik

Anhand beispielhafter wirtschaftspolitischer Kontroversen werden Chancen und Grenzen einer wachstumsorientierten, sozialen und nachhaltigen Wirtschaftspolitik auf nationaler und europäischer Ebene diskutiert. Je nach gewähltem Schwerpunkt werden folgende Inhalte berücksichtigt:

- Spannungsverhältnis zwischen sozialer und freier Marktwirtschaft (z. B. Kontroversen zu den Aufgaben des Staates/zur Liberalisierung)
- Grundlagen der Wirtschaftspolitik und Zielkonflikte (Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftswachstum, nachhaltiger Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit)
- Entwicklung des europäischen Binnenmarktes und des politischen Integrationsprozesses der EU
- Spannungsfeld nationalstaatliche Souveränität vs. Kompetenzen der EU (z. B. Wirtschafts- und Währungsunion, Wettbewerbspolitik, Umwelt- und Klimapolitik)

Konkretisiert an einem ausgewählten wirtschaftlichen Problem werden wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Folgen herausgearbeitet und erörtert, indem je nach gewähltem Schwerpunkt folgende Inhalte berücksichtigt werden:

- Ursachen, Verlauf und Auswirkungen eines wirtschaftlichen Problems/einer Krise (z. B. politische Instrumentalisierung und Populismus, Zunahme sozialer Ungleichheit)
- konkrete konjunkturpolitische Reaktion vor dem Hintergrund der theoretischen Grundlagen (Angebots- und Nachfragepolitik, *Policy-Mix*) und deren Bewertung

Basismodul 2: Globales Wirtschaften

Anhand aktueller Fallbeispiele des globalen Wirtschaftens werden Möglichkeiten und Grenzen einer wachstumsorientierten, nachhaltigen und gerechten Gestaltung diskutiert. Je nach gewähltem Schwerpunkt werden folgende Inhalte berücksichtigt:

- Theorien und Reformvorschläge zur Ausgestaltung der Globalisierung im Spannungsfeld zwischen Freihandel und Protektionismus (z. B. Smith, Ricardo, Krugman)
- beteiligte Akteurinnen und Akteure und ihre Ziele (z. B. Nationalstaaten, EU, IWF, Weltbank, WTO, NGOs),
- Auswirkungen auf betroffene Gruppen (z. B. aufgrund von Standortverlagerungen oder internationaler Arbeitsteilung)
- alternative Konzepte zur Förderung der Nachhaltigkeit im Rahmen der *Sustainable Development Goals (SDG)*

Vertiefungsmodul 1: Wirtschaftspolitische Ziele von Parteien, Verbänden und Unternehmen

Am Beispiel einer konkreten wirtschaftspolitischen Kontroverse werden die Ziele und der Einfluss von (ausgewählten) Parteien, Verbänden und Unternehmen (z. B. INSM, GEW, BDI, transnationale Konzerne) auf die Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik analysiert und erörtert. Dabei werden, je nach Schwerpunkt, bspw. folgende Perspektiven bei der Analyse beachtet:

- Ziele und vorgeschlagene Schritte
- anvisierte Zielgruppen
- Einflussnahme durch Lobbyismus
- Wahl und Wirkung der medialen Mittel, um die Ziele zu erreichen
- Reaktion der Politik auf diese Ziele

Vertiefungsmodul 2: Beispiele von Marktmechanismen und alternative Wirtschaftsformen

Ausgewählte Beispiele von Marktmechanismen und Marktversagen dienen der Diskussion über Potenziale und Grenzen der Marktwirtschaft und alternativer Wirtschaftsformen. Dabei werden, je nach Schwerpunkt, z. B. folgende Inhalte berücksichtigt:

- beispielhafte alternative Formen des Wirtschaftens oder Reformvorschläge der sozialen Marktwirtschaft (Gemeinschaftsökonomie, Gemeinwohlökonomie, *Share Economy*)
- theoretische Konzepte alternativen Wirtschaftens (Postwachstumstheorien, Feministische Ökonomie)
- moderne Theorien der Geldpolitik (z. B. *Modern Monetary Theory [MMT]*)

Vertiefungsmodul 3: Folgen des Kolonialismus in der Gegenwart

Am Beispiel eines Landes werden politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen von De-Kolonialisierungsprozessen analysiert und der Umgang damit diskutiert. Dabei wird reflektiert, welche Rolle die koloniale Vergangenheit und die postkoloniale wirtschaftliche Verflechtung mit dem Weltmarkt oder mit den ehemaligen Kolonialmächten haben. Dies wird zu anderen Faktoren schwacher ökonomischer Entwicklung ins Verhältnis gesetzt. Folgende Aspekte finden Berücksichtigung:

- wirtschaftliche Struktur und Entwicklung des Landes
- De-Kolonialisierungsprozesse und Folgen
- Abhängigkeitsstrukturen im globalen Handel
- Wirkung globaler und regionaler Akteurinnen und Akteure in dem Land
- Wirtschaftliche Entscheidungen der nationalen Regierung und deren Folgen

Vertiefungsmodul 4: Klima- und Wirtschaftspolitik vor Ort

Lokale klima- und wirtschaftspolitische Maßnahmen werden herangezogen, um die Chancen und Herausforderungen einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik vor Ort zu diskutieren. Bspw. folgende Perspektiven finden dabei Beachtung:

- Fördermöglichkeiten im Rahmen der *Sustainable Development Goals* (z. B. Gemeinwohl-Ökonomie, Solidarische Ökonomie, *Smart City*)
- wirtschaftliche Folgen für Unternehmen, Wirtschafts- und Sozialstruktur der Region, Zivilgesellschaft

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- reflektieren Grundhaltungen und Wertesysteme, die politischen Urteilen in der Auseinandersetzung mit den wirtschaftlichen Folgen des Kolonialismus zugrunde liegen (Urteilen: sich mit der Wertgebundenheit von politischen Urteilen auseinandersetzen),
- prüfen Instrumente der lokalen Wirtschaftsförderung, inwieweit sie Kriterien der Nachhaltigkeit folgen (Urteilen: politische Lösungen gestalten),
- erörtern methodenkritisch Kriterien nachhaltiger Wirtschaftspolitik (Methoden anwenden: Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen).

3.2.3 Globales Regieren

Internationale Beziehungen haben sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert. Die Verflechtungen zwischen Gesellschaften wurden auf so rasante Weise vertieft und ausgeweitet, dass die innerstaatliche Ebene kaum ohne die globale Ebene gedacht werden kann. Die Auswirkungen, die globale Krisen (z. B. globale Erwärmung, internationaler Terrorismus, Zunahme bewaffneter Konflikte, globale Armut) auf Individuen und Staaten haben, können nur in der Weltgemeinschaft - also im Zusammenspiel aus Nationalstaaten, regionalen Organisationen und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren - bearbeitet werden.

Globales Regieren (*Global Governance*) unterscheidet sich dabei in vielfacher Hinsicht vom nationalen Regieren. Schülerinnen und Schüler erschließen sich anhand exemplarischer internationaler Konflikte und Herausforderungen daher grundlegende Funktionsweisen (z. B.: Warum handeln Akteurinnen und Akteure auf bestimmte Weise?) und Bedingungen (z. B. fehlendes Gewaltmonopol bei der Durchsetzung des Völkerrechts) globalen Regierens.

Das Basismodul 1 sieht die Analyse eines aktuellen internationalen Konflikts vor, den die Lernenden mit der Methode der Konfliktanalyse erschließen und Optionen zur Lösung des Konflikts erörtern. Im Basismodul 2 rücken globale Herausforderungen wie Umweltfragen, Energiepolitik, Armut, Menschenrechte oder Migration ins Blickfeld. Hier können Lernende entlang ihrer Interessen und entsprechend aktueller politischer Themenfelder wählen.

Ziel ist es, in aktuellen Konflikten und Herausforderungen grundsätzliche Strukturen, Prozesse und Theorien der internationalen Beziehungen zu erschließen und zu erklären, verschiedene Lösungsansätze herauszuarbeiten und abschließend zu diskutieren. Bei der Bewertung von Lösungsansätzen ist es essenziell, dass viele Perspektiven sichtbar gemacht werden. Das gilt auch für die von globalen Entscheidungen oft übergangene Perspektive wie jene einzelner Gruppen des Globalen Südens.

Die vier Vertiefungsmodule bieten sinnvolle Werkzeuge oder theoretische Modelle, die für die Analyse globaler Politik genutzt werden können. Für Verknüpfungen bieten sich z. B. an: Vertiefungsmodul 1, um einzelne Perspektiven des Globalen Südens im Rahmen der in den Pflichtmodulen gewählten Fallbeispiele zu diskutieren; Vertiefungsmodul 3, um dominierende Narrative in der medialen Berichterstattung zu einem der gewählten Fallbeispiele zu analysieren und zu hinterfragen; Vertiefungsmodul 2, um zu einem theoretisch begründeten, vertieften Verständnis für das Handeln einzelner Akteurinnen und Akteure zu gelangen; Vertiefungsmodul 4, um den gewählten Konflikt im Pflichtmodul 1 um die Perspektive der internationalen Sicherheitsarchitektur zu ergänzen.

Das Themenfeld bietet vor allem Anknüpfungspunkte für die übergreifenden Themen Europabildung in der Schule sowie Nachhaltige Entwicklung/Lernen in globalen Zusammenhängen.

Basismodul 1: Internationale Konflikte und Friedenspotenziale

Schülerinnen und Schüler analysieren einen aktuellen internationalen Konflikt und gehen dabei auf folgende Aspekte ein:

- beteiligte Akteurinnen und Akteure, z. B.: UNO, NATO, EU, AU, Nationalstaaten
- Konfliktgegenstand und Konfliktursachen (u. a. historisch-politischer Kontext)
- Bezüge zum Völkerrecht
- Friedenspotenziale, Mittel und Wege, Konflikte beizulegen
- ggf. Vergleich mit einem anderen internationalen Konflikt

Entlang der Konfliktanalyse werden globale Strukturen und Prozesse exemplarisch erklärt und problematisiert. Je nach gewähltem Konflikt sind das:

- Grundlagen des Völkerrechts (z. B. die UNO, das Gewaltverbot und das System der friedlichen Streitbeilegung; der Internationale Strafgerichtshof, humanitäres Völkerrecht, humanitäre Intervention)
- regionale Zusammenschlüsse (z. B. ASEAN, AU), unter besonderer Berücksichtigung der EU als besonderer Fall von *Multi-Level-Governance*
- Aufbau der UNO (insbesondere Aufgabe des Sicherheitsrates)
- Grundlagen der Friedens- und Konfliktforschung wie positiver und negativer Frieden, Arten von Kriegen
- geostrategische Interessen und Konflikte in der multipolaren Welt (z. B.: China und Russland vs. USA und NATO-Staaten)

Basismodul 2: Aktuelle globale Herausforderungen und Lösungsansätze

Schülerinnen und Schüler analysieren anhand eines Fallbeispiels eine der aktuellen globalen Herausforderungen:

- Umweltfragen und Energiepolitik: gerechter und effektiver Umgang mit Ressourcenknappheit und globaler Erwärmung
- Hunger, Armut: Ursachen von Armut, Stärken und Schwächen verschiedener Lösungsansätze, z. B. Stärkung von Eigenverantwortung (*Ownership*) und Selbstermächtigung (*Empowerment*)
- Menschenrechte: Gewährleistung der Einhaltung von Menschenrechten weltweit
- Migration weltweit: Ausgestaltung einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik, Prävention und Verhinderung von Fluchtursachen

Dabei werden Möglichkeiten und Probleme internationaler Kooperation herausgearbeitet und diskutiert. Je nach gewähltem Fallbeispiel wird eingegangen auf:

- zentrale Grundannahmen und Konzepte zur Verfasstheit des internationalen Systems (z. B. Polarität, Anarchie)
- zentrale internationale Organisationen (z. B. Menschenrechtsrat der UNO, UNICEF, COP)
- die Rolle transnationaler Akteurinnen und Akteure, informeller Zusammenschlüsse und internationaler Abkommen (z. B. NGOs, G7, G20, BRICS plus, Pariser Klimaabkommen)

- regionale Zusammenschlüsse (z. B. ASEAN, AU, Europarat), EU als Sonderfall regionaler Kooperation
- Perspektiven des Globalen Südens; Fragen globaler Gerechtigkeit

Vertiefungsmodul 1: Die Länder des Globalen Südens als weltpolitische Akteure

Anhand eines Länderbeispiels (z. B.: China, Indien, Brasilien, Südafrika) werden folgende Aspekte diskutiert:

- Veränderung der Weltordnung und der Dynamik internationaler Politik
- Außenpolitik des Landes (in der Region/weltweit, Sichtweise auf das globale Geschehen)
- innere Verfasstheit des Staates (z. B. Gültigkeit internationaler Menschenrechtssstandards)
- Umgehen der Weltgemeinschaft/der EU/einzelner Staaten mit Veränderungen der Weltordnung

Vertiefungsmodul 2: Theorien internationaler Beziehungen

Ausgehend von den gewählten Fallbeispielen in den Basismodulen werden verschiedene Theorien gewählt, um das Handeln internationaler Akteurinnen und Akteure zu erörtern, z. B.:

- (Neo-)Realismus
- (Neo-)Liberalismus
- Weltsystemtheorie
- Sozialkonstruktivismus
- feministische Ansätze
- postkoloniale Ansätze

Vertiefungsmodul 3: Globale Fragen/Konflikte in den Medien

Mithilfe geeigneter Werkzeuge der Diskursanalyse (z. B. Erstellung von Korpora, kritische Diskursanalyse, linguistische Analyse von Sprachbildern und *Frames*) wird die mediale Darstellung der in den Basismodulen thematisierten Konflikte und Herausforderungen analysiert und ggf. verglichen. Mögliche Aspekte der Analyse sind:

- Rezeption der Ereignisse in unterschiedlichen Medien (auch: sozialen Medien)
- dominierende Narrative/Bilder
- vorherrschende/unterrepräsentierte Perspektiven/Akteurinnen und Akteure
- Erkennen von Falschmeldungen/Bewertung deren inhaltlicher Qualität

Vertiefungsmodul 4: Globale Sicherheit: Bedingungen für eine friedlichere internationale Ordnung

Exemplarisch werden Maßnahmen der Sicherheitspolitik kritisch (z. B. multiperspektivisch; entlang der Kategorien Effektivität und Legitimität) diskutiert, z. B.:

- ausgewählte Problemfelder internationaler Sicherheit (z. B. internationaler Terrorismus, Aufrüstung mit nuklearen/konventionellen Waffen, Cyber-Sicherheit, Proliferation von Atomwaffen)
- internationale Sicherheitsarchitektur (z. B. NATO, nukleare Abrüstungsverträge)
- Idee einer (nuklearen) Abschreckung/militärischen Aufrüstung
- völkerrechtlich legitimierte Gewaltausübung
- (erfolgreiche) Konfliktprävention
- langfristige Folgen von Friedensordnungen in internationalen Konflikten

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung

Die Lernenden ...

- nutzen Verfahren der Konfliktanalyse, um einen internationalen Konflikt zu erschließen und mögliche Lösungen (z. B. Kompromisse) zu entwickeln (Mündig handeln: Konflikte austragen),
- tragen einen internationalen Konflikt in einem Planspiel aus (Mündig handeln: Konflikte austragen),
- erörtern die Methode des Planspiels auf ihre Eignung für die Konfliktanalyse (Methoden anwenden: Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen).

3.2.4 Perspektiven gesellschaftlicher Entwicklung

Soziale Ungleichheit in verschiedenen Dimensionen ist ein elementares Merkmal gesellschaftlicher Ordnungen. Diese offensichtliche Tatsache wird in der politischen Diskussion i. d. R. schnell als gerecht oder ungerecht bewertet, d. h. mit unterschiedlichen Normen sozialer Gerechtigkeit verknüpft. Damit eng verbunden sind zum einen die allgemeine Frage nach dem Wandel und der Wandelbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse und zum anderen die konkretere Frage nach der politischen Gestaltung dieser Verhältnisse.

Diese Zusammenhänge zu ordnen, zu analysieren und eigene Standpunkte zu entwickeln macht sich das Themenfeld zum Ziel. Dabei werden in Basismodul 1 Dimensionen sozialer Ungleichheit betrachtet und auf der Grundlage unterschiedlicher Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit nach ihrer Legitimationsgrundlage befragt. Dabei sind die Wahrnehmungen und Bemessungen sozialer Ungleichheit in den Blick zu nehmen wie z. B. Diskriminierungserfahrungen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Daran anschließend wird die politische Gestaltung betrachtet, insbesondere die Funktionsweise sowie mögliche Weiterentwicklungen des Sozialstaates.

Basismodul 2 rückt das Thema des sozialen Wandels in den Blick. Exemplarisch werden Fragen nach Ausmaß, Dimension und Gestaltungsmöglichkeit dieses Wandels thematisiert.

Dabei steht ein methodischer Zugriff im Mittelpunkt, die Makro-Methode der Szenariotechnik. Zielsetzung ist zum einen, die prinzipielle Gestaltbarkeit der Zukunft mit vielen Optionen aufzuzeigen, zum anderen vernetztes, systemisches Denken zu fördern sowie die Ungenauigkeit aller auf die Zukunft gerichteter Entscheidungen zu reflektieren.

Die Themen der Szenarien können sowohl aus dem Themenfeld des laufenden als auch aus dem eines vorherigen Kurshalbjahrs heraus entwickelt werden. Dabei sind zum einen die räumliche Reichweite (z. B. Bezirk/Region, Deutschland, Europa, Welt) und zum anderen der zeitliche Horizont festzulegen. In jedem Fall wählen die Schülerinnen und Schüler das Thema des Szenarios selbst, wobei entweder die gesamte Lerngruppe an demselben Thema arbeitet oder in der Lerngruppe verschiedene Themen bearbeitet werden. Es kann auch ein eigenes Thema formuliert werden.

Für den Leistungskurs ist zu beachten, dass es sich bei der Szenariotechnik um eine komplexe Methode handelt, die viele verschiedene Vertiefungs- bzw. Erweiterungsmöglichkeiten bietet. Diese werden hier verstärkt genutzt (s. u.). Um der Methode der Szenariotechnik den notwendigen Raum zu geben, wird im vorliegenden Themenfeld - angesichts der Kürze des Schulhalbjahres - auf Vertiefungsmodulen verzichtet.

Der methodische Schwerpunkt des Basismoduls 2 wird in einem projektartigen Unterricht umgesetzt, der den Schülerinnen und Schülern einen Großteil der Verantwortung für die Gestaltung ihres eigenen Lernprozesses überträgt. Projektbegleitendes *Feedback* und *Feedforward* sowohl untereinander als auch durch die Lehrkraft sind integraler Bestandteil dieses Prozesses. Entsprechend erfolgt die Bewertung nicht allein mit Blick auf das Endprodukt, sondern auch durch Formen der formativen Leistungsbewertung. Integraler Bestandteil des projektartigen Unterrichts ist zudem eine Reflexion über Möglichkeiten und Grenzen der Szenariotechnik an sich.

Basismodul 1: Soziale Ungleichheit als politische Herausforderung

Ausgehend von ausgewählten Dimensionen sozialer Ungleichheit (z. B. Einkommen, Vermögen, Geschlecht, Bildung, ...) werden gesellschaftliche und sozialpolitische Herausforderungen exemplarisch erörtert. Dabei beschäftigen sich die Lernenden mit ...

- Darstellungen sozialer Ungleichheit (z. B. in Form von Erfahrungsberichten, TV-Dokumentationen oder Befragung außerschulischer Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner, etwa Beratungsstellen)
- sozialstatistischen Daten zum Ausmaß sozialer Ungleichheit
- unterschiedlichen Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit (z. B. Leistungs-, Chancen-, Bedarfs- und egalitäre Gerechtigkeit)
- dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes
- Grundprinzipien der sozialen Sicherung in Deutschland
- Weiterentwicklung des Sozialstaats

Basismodul 2: Wie wollen wir in 10-15 Jahren leben?

Die Schülerinnen und Schüler entwickeln in Einzel- oder Gruppenarbeit ein Szenario, das mindestens aus den folgenden Schritten besteht:

1. Problemfeld analysieren und Raum sowie Zeithorizont festlegen
2. Einflussgrößen bestimmen und ordnen
3. Szenarien entwickeln
4. Szenarien reflektieren und Handlungsmöglichkeiten diskutieren

Im Leistungskurs kann das Modul in folgender Hinsicht erweitert werden:

- Anzahl der Einflussgrößen, Umfang des empirischen Materials
- kreative Ausgestaltung der Zukunftsbilder (z. B. auf erzählerischer oder grafischer Ebene, d. h. fächerverbindendes Arbeiten z. B. mit den Fächern Deutsch und Kunst),
- Diskussion eines politischen Maßnahmenkatalogs
- Vergleich mit Szenarien oder anderen Zukunftsvorstellungen, die von politischen Institutionen (z. B. Ministerien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), *Think Tanks*) entwickelt worden sind

Themenvorschläge für die Szenario-Entwicklung (mögliche Einflussgrößen sind in Klammern gesetzt):

1. Wandel der Lebensformen (Heirats-/Scheidungsrate, Haushaltsgröße, Wohn- und Familienformen, Vielfalt der Geschlechter, ...)
2. Postmigrantische Gesellschaft (Einwanderung und Auswanderung, Aufstiegschancen, Rassismus und Diskriminierung, Flucht und Asyl, Pluralität der Kulturen und Religionen, politische Partizipation und Repräsentation, ...)
3. Bildung und lebenslanges Lernen (Förderung/Inklusion, Bildungsdefizite, Schulabbrüche, Fachkräftemangel, Weiterbildung, ...)
4. Alternde Gesellschaft und Zusammenleben der Generationen (Lebenserwartung, Renteneintrittsalter, Ehrenamt, Wohnformen, Formen der Pflege, ...)
5. Zukunft der Arbeit (Digitalisierung/Automatisierung, aussterbende/neue Berufsbilder, Arbeitszeit, Mobilität, *Homeoffice*, ...)

6. Sozial-ökologische Transformation (Energienachfrage/-effizienz, Energiemix, Umweltschäden, technologische Innovation, Wohnformen, Mobilität, Lebensstandard/Kostenverteilung, ...)
7. Zukunft des Welthandels (die *SDGs* erreichen, Handelsabkommen, Protektionismus Streitbeilegungen, ...)
8. Entwicklung der Europäischen Union (Integration, Erweiterung, Disparitäten, politische Zusammensetzung nationaler und europäischer politischer Gremien, ...)
9. Formulierung eines eigenen Themas

Mögliche Beiträge zur Kompetenzentwicklung:

Die Lernenden ...

- diskutieren Fragen der Weiterentwicklung des Sozialstaates auf Basis unterschiedlicher Gerechtigkeitsvorstellungen (Urteilen: politische Urteile entwickeln und begründen),
- analysieren ausgewählte gesellschaftliche Entwicklungen mithilfe der Szenariotechnik (Methoden anwenden: Methoden der politischen Analyse variabel einsetzen),
- begründen die Auswahl der Einflussgrößen, die sie einzelnen gesellschaftlichen Entwicklungsszenarien zugrunde legen (Urteilen: sich mit der Wertgebundenheit politischer Urteile auseinandersetzen).